

100 Jahre Sozialistengesetz 100 Jahre Freiheitskampf

— 351 —

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere mit der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

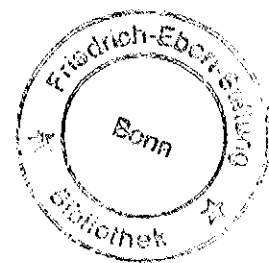
Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

C 94 - 02152

100 Jahre Sozialistengesetz 100 Jahre Freiheitskampf

Herausgeber: WI-Verlag GmbH, Düsseldorf
Verantwortlich: Dietmar Gatzmaga
Bilder: Archiv der Sozialen Demokratie

C 94 - 02152



Vor 100 Jahren, am 21. Oktober 1878, wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verabschiedet. Wenn wir heute, anlässlich des 100sten Jahrestages, eine Ausstellung von Dokumenten aus der Zeit der Bismarck'schen Sozialistengesetze veröffentlichen, so geschieht dies nicht, um – nostalgisch gestimmt – ein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte wieder aufzublättern. Die Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und den Vertretern der Kapitalinteressen hatte mit den Sozialistengesetzen einen ersten Höhepunkt erreicht, aber abgeschlossen ist sie bis heute nicht, und sie wird noch längere Zeit die ökonomische und gesellschaftliche Wirklichkeit prägen.

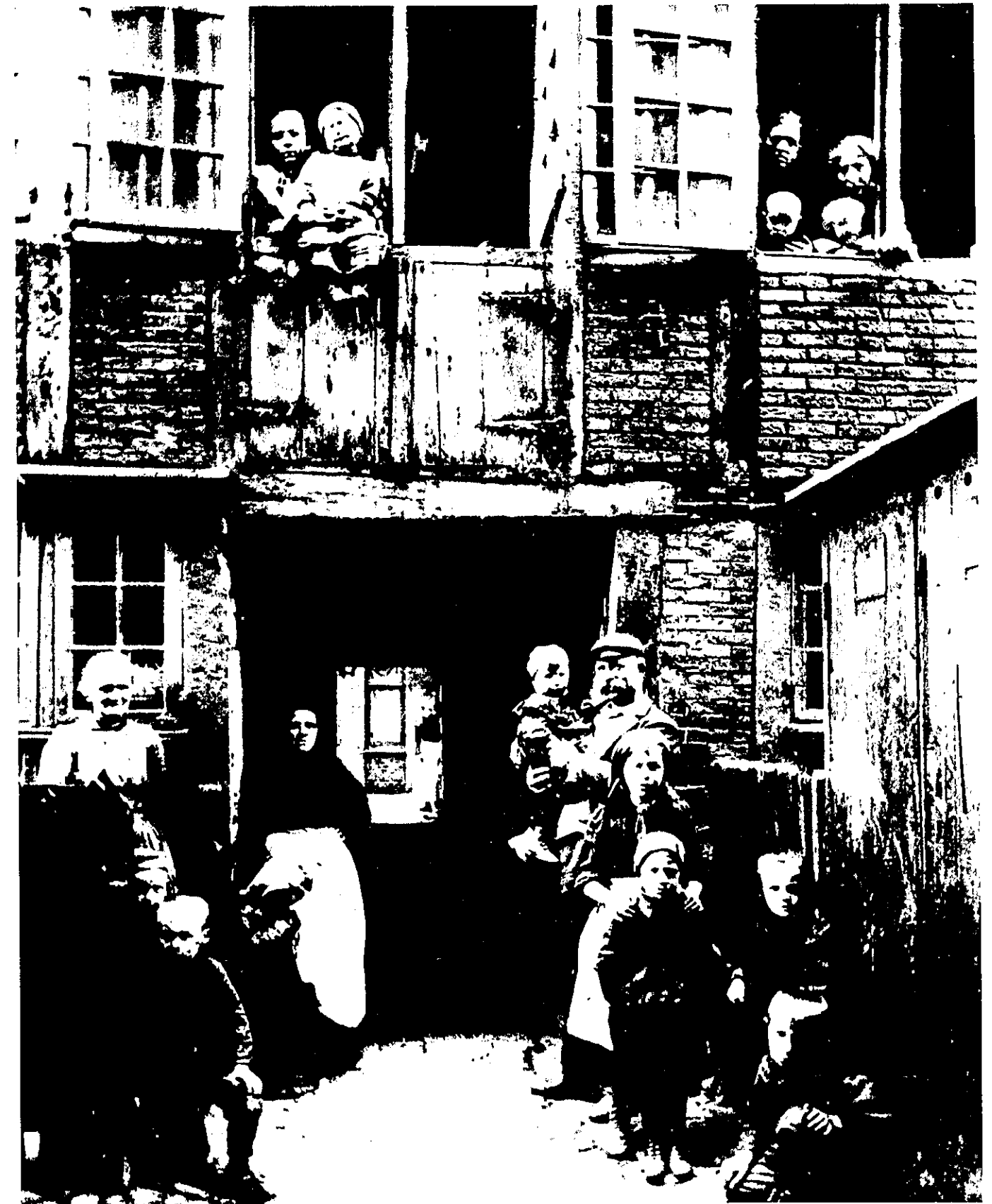
Uns geht es darum, die Linien dieser Auseinandersetzung nachzuziehen, wobei wir die Jahre der Sozialistengesetze als Ausgangspunkt nehmen. Angefügt werden muß die Erinnerung an später beschlossene Gesetze gegen die Sozialdemokratie, an die Verfolgung im 3. Reich und an die aktuellen Grundrechtseinschränkungen, die sich immer unverdeckter auch gegen Sozialdemokraten richten und damit offenbaren, in welcher Tradition sie stehen. Die Praxis der Rechtsprechung so als Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital zu begreifen zwingt gleichzeitig die Erkenntnis auf, daß die SPD auf diesem Gebiet nicht nur seit Jahren in der Defensive steht, sondern außerdem allzu oft gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hat. Indem sie den Radikalenerlaß und die Praxis der Berufsverbote, indem sie Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte mitgetragen hat, gab sie den Sachwaltern des Kapitals Waffen in die Hand, die jederzeit auf die SPD gerichtet werden können. Nachdem die SPD mit Berufsverboten gegen einzelne ihrer Mitglieder schon Streifschüsse abbekommen hat, wird es höchste Zeit, daß sie sich der aufgezeigten historischen Zusammenhänge erinnert und ihre Politik dementsprechend umorientiert.

Wir hoffen, mit dieser Ausstellung einen kleinen Beitrag dazu leisten zu können, und den Sozialdemokraten mit dem Bewußtsein über diese Zusammenhänge zugleich ein Stück verlorengegangenes Selbst-Bewußtsein zurückzugeben.

Alle Dokumente wurden uns vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung gestellt.

Zusammengestellt wurden die Dokumente von Jungsozialisten aus der Arbeitsgemeinschaft Links in Düsseldorf, die auch die erklärenden Texte schrieben. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

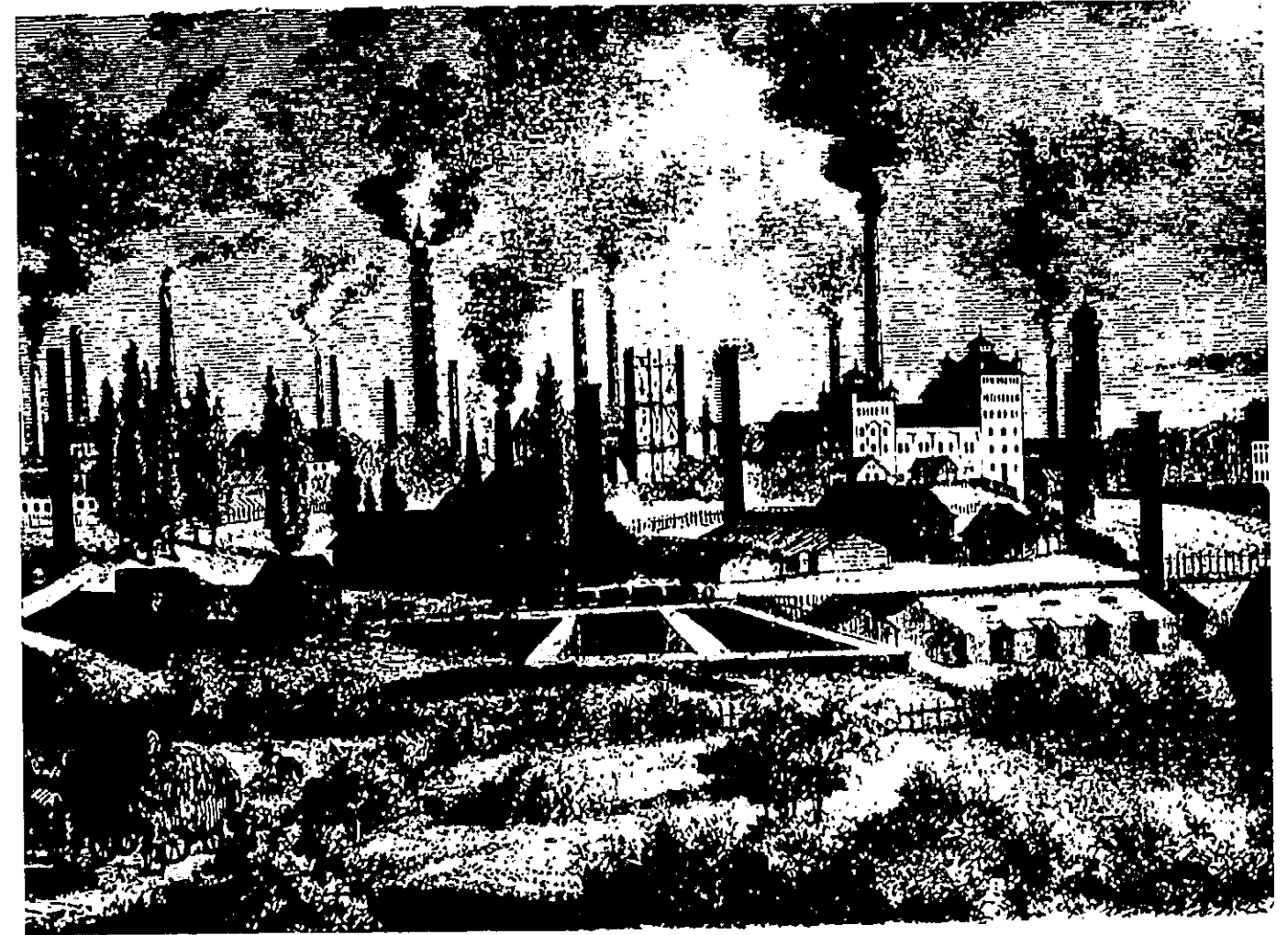
Jürgen Gatzke



Für viele heute unvorstellbar: die Wohnverhältnisse der Arbeiter im 19. Jahrhundert. In diesen Behausungen konnte man nicht leben, sondern bestenfalls überleben. Selbst dies jedoch war keineswegs garantiert, Krankheiten waren bei Feuchtigkeit und qualvoller Enge an der Tagesordnung.



So sah es in den „Wohnungen“ aus: Ein Raum diente nicht nur als Küche, sondern zugleich als Wohn- und Schlafzimmer für die gesamte Familie.



Die rauchenden Schloten der Ruhr. Fast schon Idylle und Nostalgie. Unseren Vorfahren waren solche Gedanken fremd. Die Industrie war ihre einzige Hoffnung auf Arbeit und Brot. Die Not der Arbeiter machten sich die Unternehmer zunutze...

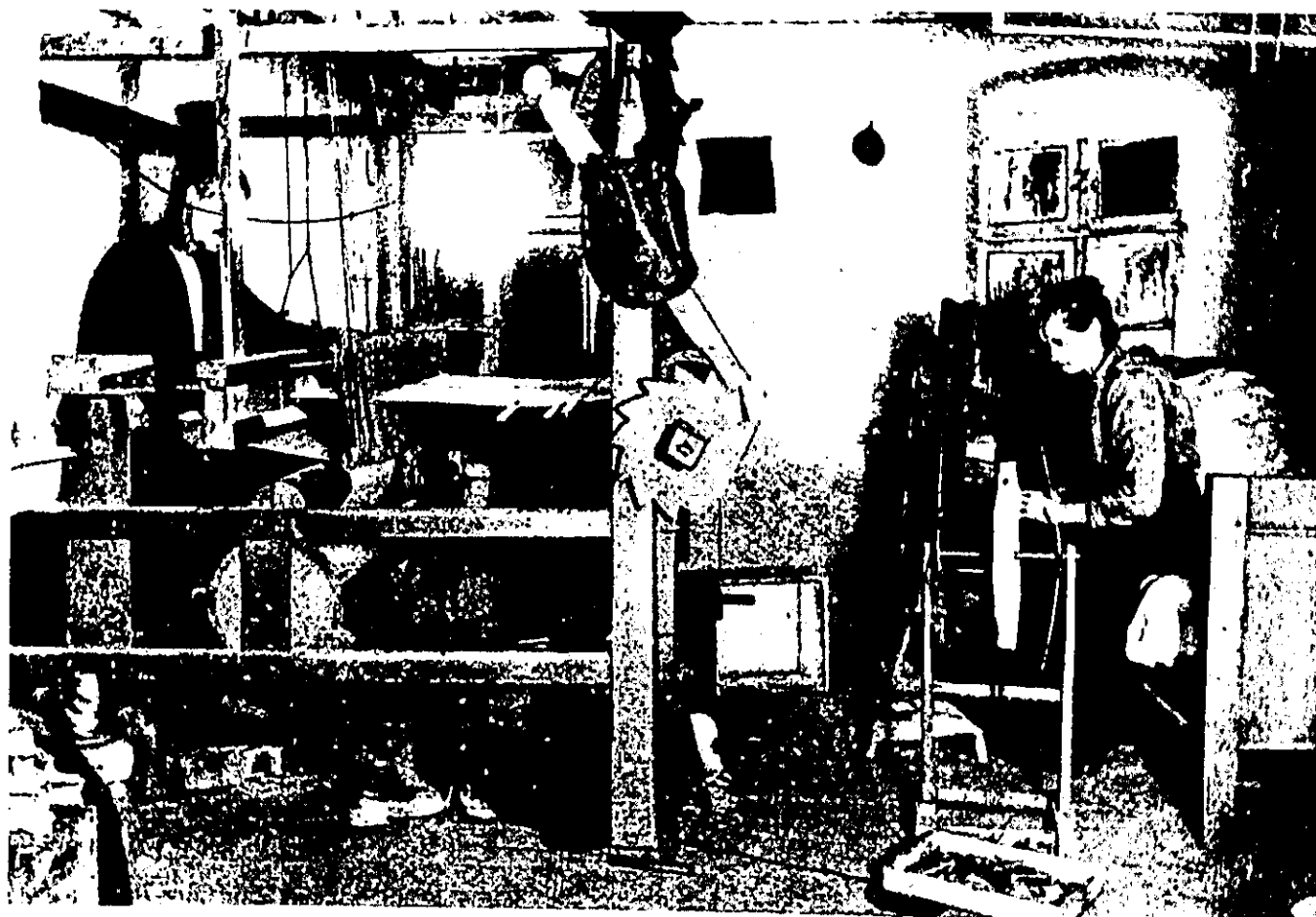


Vom Verdienst des Vaters konnte die Familie häufig nicht leben. Im Jahre 1822 blieben einer vierköpfigen Tischlerfamilie nach Abzug von Miete, Steuern und notwendigster Kleidung täglich noch 46 Pfennige für Nahrungsmittel. Dies entsprach dem Preis für ein Brot. Nicht nur Überstunden und Sonntagsarbeit des Vaters, sondern auch Kinderarbeit wurde so für viele Arbeiterkinder zur Notwendigkeit.



Das Arbeiten in krampfhaft verzogener Haltung fördert ebenso wie der Staub die Entwicklung der Tuberkulose. — Metallschleifer in einer französischen Fabrik

Die Arbeitsbedingungen ließen sich vielfach nur als unmenschlich bezeichnen. So wie in diesem französischen Betrieb sah es auch in deutschen Fabriken aus. Die Tuberkulose, unter der die Metallschleifer (Bild) litten, war nur eine der möglichen Folgen.



Hausweberehepaar. Wochenverdienst 9 bis 10 Mark

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Geschichte von Not und Unterdrückung, aber auch die Geschichte des Kampfes gegen Abhängigkeit und Elend. Noch ehe sich Gewerkschaften oder Arbeiterparteien gebildet hatten, kam es 1844 zum Aufstand der schlesischen Weber. Das Scheitern der Revolte unterstrich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Schon damals galt der Satz: Nur Millionen sind stärker als Millionäre.

Leipzig, 20. März. In dem Anklageproceß wegen Vorbereitung zum Hochverrath, welcher seit dem 11. d. M. gegen die Socialdemokraten Liebknecht, Bebel und Heppner vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt wird, ist noch immer die Beweisaufnahme im Gange. Bis jetzt besteht dieselbe hauptsächlich in Verlesung von Brieffschaften, Aufrufen und Zeitungs-Artikeln der Angeklagten und der mit ihnen in Verbindung stehenden Sinnesgenossen, sowie in dem Verhör der Angeklagten über ihre darin ausgesprochenen Auffassungen und Ziel-punkte. Als bezeichnend für die von ihnen ertheilten Antworten heben wir für heute nur hervor, daß der Angeklagte Liebknecht u. A. äußerte: „Die deutschen Fürsten, welche sich dem die Einführung der Republik dekretirenden Beschluß eines vom Volke eingesetzten Parlaments widersetzen würden, wären als Rebellen zu behandeln.“ — Mehrere Blätter haben die regelmäßige Berichterstattung über diesen ausgedehnten Proceß schon eingestellt. So erklärt heute auch die hiesige Nat.-Ztg.: „Wir haben unsere Berichte über diesen Proceß abgebrochen, da die Verhandlungen durch das Bestreben der Angeklagten, ihre Sache für ihre Agitationszwecke in Scene zu setzen, eine Dimension annehmen, daß eine vollständige Uebergabe nur dem Zweck derselben dienen könnte.“

Das Ergebnis unwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen, das Resultat unternehmerischer Willkür war die Erstarkung der Arbeiterbewegung. Gegen sie gingen Kapital und Staat mit allen Mitteln vor. Schon lange vor Verabschiedung der „Sozialistengesetze“ kam es zu Versuchen, Sozialdemokratie und Gewerkschaft auszuschalten. Eines der angewandten Mittel bestand in Prozessen gegen die Repräsentanten der SPD. Stellvertretend sei nur der Leipziger Hochverratsproceß gegen AUGUST BEBEL und WILHELM LIEBKNECHT des Jahres 1872 angeführt. Pikantes Detail am Rande. Viele Zeitungen stellten die Proceßberichterstattung ein, um den Angeklagten keine Gelegenheit zur Verbreitung ihrer Positionen zu geben. Pressefreiheit 1872...

Schon vor Verabschiedung der „Sozialistengesetze“ nutzten Kapital und Staat jede Gelegenheit, um gegen die erstarkende Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten vorzugehen. Jedes Mittel war recht, die bestehenden Machtstrukturen zu sichern. Der Leipziger „Hochverratsproceß“ gegen BEBEL, LIEBKNECHT und HEPPNER ist einer von vielen gescheiterten Versuchen. Pikantes Detail am Rande: In seiner Ausgabe vom 28. 3. 1872 berichtet der „Dortmunder Anzeiger“, daß viele Zeitungen die Proceßberichterstattung eingestellt hätten, um den Angeklagten keine Gelegenheit zur Agitation zu geben. Meinungs-freiheit 1872...



Legislaturperiode 1877 bis 1880.

„Die Abgeordneten des arbeitenden Volkes.“ Mit diesem Ehrentitel konnte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unwiderrprochen schmücken. Für das deutsche Proletariat war die Sozialdemokratie Hoffnung und Garant einer besseren Zukunft. Während der Beratungen über die Sozialistengesetze verhielten sich Teile der Reichstagsfraktion weniger vorbildlich und rieten zur Anpassung. Sehr bald jedoch wurde solchen Bestrebungen durch die Partei eine klare Absage erteilt. Die SDAP ging in den Untergrund.

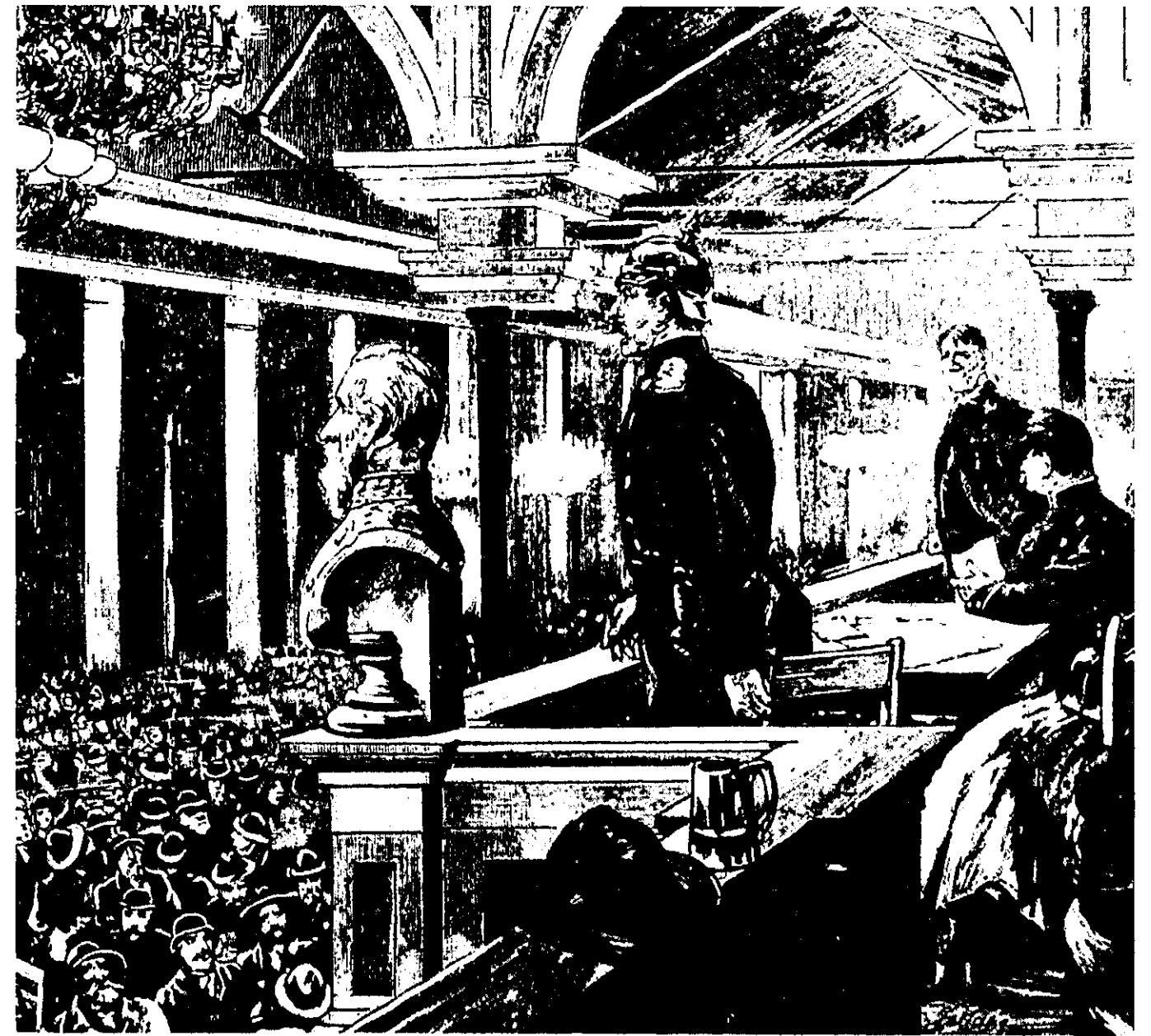
DIE ARBEITERBLÄTTER DEUTSCHLANDS



Deutsche Arbeiterpresse. Mit den Sozialistengesetzen brach sie weitgehend zusammen. Die Möglichkeit umfassender Information wurde fast unmöglich gemacht. Die unter großen persönlichen Gefahren eingeschmuggelten und verteilten Zeitungen und Schriften vermochten dieses Problem nur unvollständig zu lösen.

Titel	Erscheinungsort	Verbotsort	Jahr
Presse, freie	Leipzig	Leipzig	1878
*Presse, freie	Elberfeld-Barmen	Düsseldorf	1885, 88
Reichsbürger, der	Leipzig	Leipzig	81
Reichswauwau m. Freigeist	Nürnberg	Ansbach	79
Reußische Volkszeitung	Gera	Gera	78
*Rheinbote, der	Kehl	Freiburg	79
*Rheinisches Wochenblatt	München	Mainz	84
Rheinisches Wochenblatt	"	"	85
Schiffbauer-Bote	Hamburg	Hamburg	88
Schlesischer Kurier	Breslau	Breslau	78
Schlesischer Erzähler	"	"	80
Schlesisches Wochenblatt	"	"	78
Schneider, der	Hamburg	Hamburg	88
Schuhmacher, der	Gotha	Gotha	87
Sonntagsbote	Hamburg	Hamburg	87
Staatsbürgerin	Offenbach a. M.	Offenbach a. M.	86
Stuttgarter Presse	Stuttgart	Ludwigsburg	79
*Süddeutsche Post	München	München	83
"	"	"	84
Tagespost	Crimmitsch.-Merane	Zwickau	80
Thüringer Freie Presse	Steinach	Meiningen	87
Thüringer Waldpost	München	München	86
Unterhaltungsblätter(illust.)	Hamburg	Hamburg	88
Vaterland, das	Stuttgart	Ludwigsburg	81
Vetter, der lustige	Augsburg	Augsburg	82
Voigtländische Freie Presse	Leipzig	Leipzig	78
Volksblatt (Altenburg)	"	"	78
" (14. sächs. Wahlkr.)	"	"	78
" (Prov. Sachsen)	Sonneberg	Meiningen	87
Volksfreund (Maingau)	Frankfurt a. M.	Bayreuth	82
"	Lichtenstein-Collnbg.	Zwickau	78
"	Offenburg	Freiburg	87
Vorwärts	Leipzig	Leipzig	78
*Volksstaat-Erzähler	"	"	79
Volkszeitung	Hohenstein-Ernstthal	Zwickau	78
Wanderer, der	Leipzig	Leipzig	79
Warte, freie deutsche	Breslau	Breslau	79
Wecker, der	Gotha	Gotha	78
*Welt, neue (Unterhaltgsbl.)	Leipzig	Leipzig	79
Wilhelmshaf. Volksfreund	Wilhelmshafen	Aurich	78
Wochenblatt, deutsches	Leipzig	Leipzig	79
Wochenblatt, deutsches	München	München	86
Wochenschrift, deutsche	"	Gera	84
Würzburger Volksfreund	Würzburg	Würzburg	78

Nicht nur Partei und (freie) Gewerkschaften wurden durch Verabschiedung des „Sozialistengesetzes“ am 19. Oktober 1878 illegal, sondern auch Kranken- und Sterbekassen sowie die meisten Presseorgane. Paragraph 11 des Sozialistengesetzes bestimmte: „Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische . . . Bestrebungen . . . zutage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken . . .“



Auflösung einer Versammlung durch die Polizei in Berlin

Trotz Verbotes fanden heimlich Arbeiterversammlungen statt. Die Teilnehmer mußten jedoch immer mit der Auflösung durch die Polizeiorgane rechnen. Teilnehmer, Redner, ja sogar Wirte, die entsprechende Räume zur Verfügung stellten, hatten Geld- und Gefängnisstrafen zu befürchten.



Bild 131 Polizeiliche Auflösung einer Sitzung unter dem Sozialistengesetz (am Fenster stehend Liebknecht, rechts daneben Hasenclever, Papiere werden rasch vom Tisch gezogen)

Bekannte Sozialdemokraten standen ständig unter Beobachtung. Ihre Versammlungen waren stets von Entdeckung bedroht. Dies galt um so mehr, als der Staatsapparat Spitzel in die Parteiorganisation einzuschleusen suchte. „Der Sozialdemokrat“ veröffentlichte zur Warnung ständig Listen entdeckter Spione.

Parteigenossen!

Nachdem ich Berlin verlassen habe, drängt es mich, Euch noch ein Wort des Abschieds zu sagen.

Die Polizei hat mich auf Befehl des Ministers des Innern ausgewiesen.

Ich bin ausgewiesen, weil ich die Tätigkeit des Spitzeltums aufgedeckt habe und ich mußte dem Ausnahmegesetz zum Opfer fallen, weil man Leute, die ehrliche durchdringende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes fordern und welche die Scheinreform der Regierung unerbittlich bekämpfen, die Haltlosigkeit derselben nachweisen, in Berlin nicht duldet.

Man zwingt mich, die Stätte meiner Wirksamkeit zu verlassen. Es ist nicht gelungen, mir das Vertrauen der Genossen zu rauben, es ist trotz der gehässigsten Verläumdungen nicht möglich gewesen, meine Wähler zu beeinflussen.

Parteigenossen! So wie Ihr stets darauf rechnen könnt, mich für die Befreiung der Menschheit von politischem und wirtschaftlichem Joch kämpfen zu sehen so rechne auch ich fest darauf, daß Ihr unserer Fahne treu und ergeben bleibt und daß Ihr mannhaft zusammensteht, wenn es gilt, unsere heilige Sache zu fördern.

Laßt Euch — dies rufe ich Euch warnend zu — durch keine Provokationen, welche nicht ausbleiben werden, verleiten, den Gegnern gefällig zu sein, behaltet die Äpfel klar!

Stets das erhabene Ziel im Auge, laßt die Frucht reifen, auch für uns kommt die Zeit der Ernte!

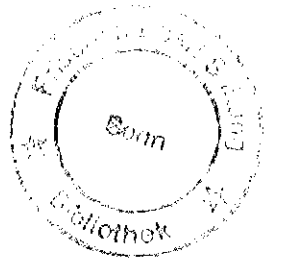
Bis dahin unanhörlichen Kampf gegen die Feinde auf allen Gebieten; wir müssen und werden liegen unter dem Auf:

Hoch die Sozialdemokratie!

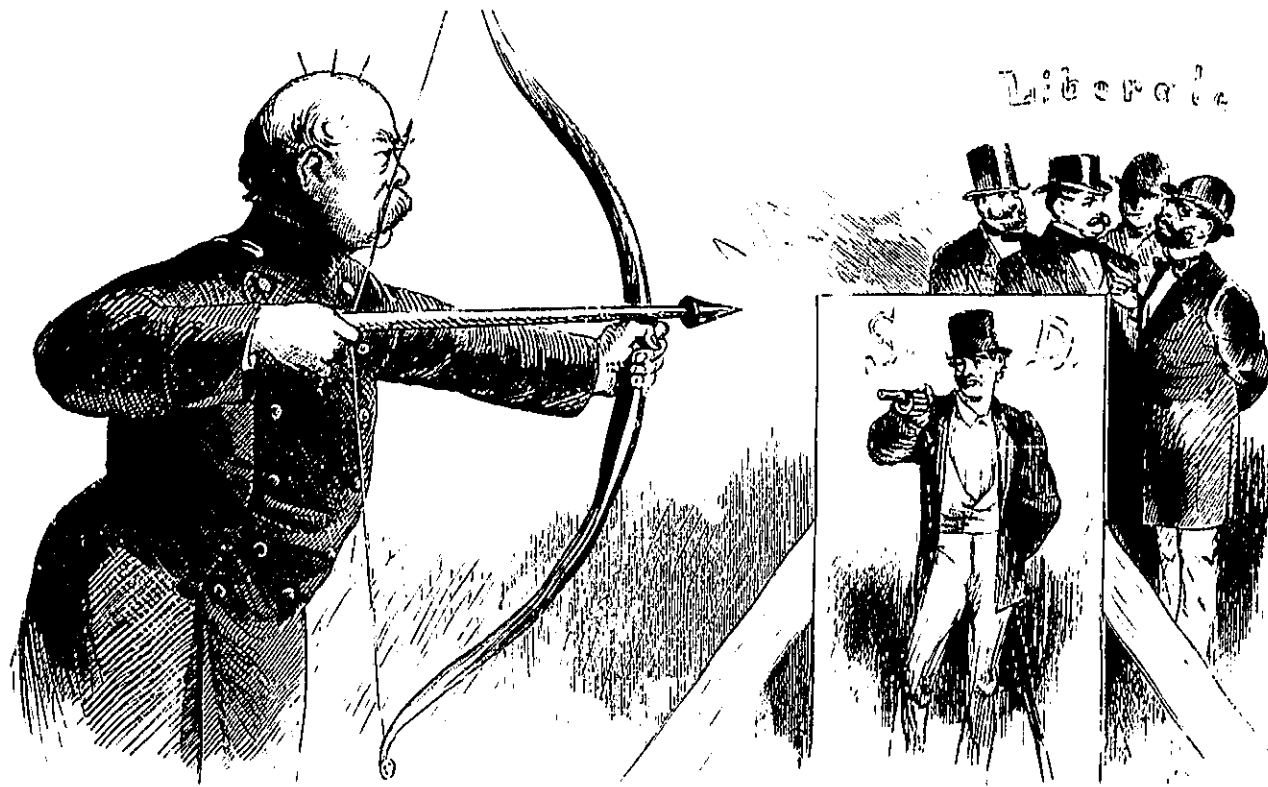
Paul Singer.

Verlag und Druck
Eduardischer Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Strick

SINGER, der zu den führenden Sozialdemokraten gehörte und u. a. Mitglied des Reichstages war, gehörte zu denen, die wegen ihrer Tätigkeit den Wohnort verlassen mußten und ausgewiesen wurden. Die aus diesem Anlaß verteilte Flugschrift ist Beweis für ungebrochenen Kampfesmut. Staatliche Willkür führte nicht zum erhofften Zerschlagen der Partei, sondern stärkte im Gegenteil ihre Geschlossenheit.



Der Pfeil ist auf die Sozialdemokraten gerichtet; wie aber wenn er über das Ziel hinausfliegt?



„Der Pfeil ist auf die Sozialdemokratie gerichtet, was aber, wenn er über das Ziel hinausfliegt?“ – Die Karikatur aus dem „Wahren Jakob“ machte deutlich, daß diejenigen, die mit ihrer halbherzigen, fadenscheinigen Argumentation das Gesetz erst möglich machten, selbst zum Opfer werden können.



Aus dem Berliner historischen Festzug am 21. Oktober 1928
Bismarcks Kürassierstiefel

Der „große“ Bismarck in seiner Rolle als Urheber der Sozialistengesetze. Die Glorie, die ihm viele unserer Geschichtsbücher noch immer zu verleihen suchen, ist in Wahrheit die „Glorie“ des Unterdrückers der deutschen Arbeiterbewegung. Für Sozialisten und Gewerkschafter kein Grund, Bismarck zu huldigen. Statt dessen wurde er karikiert, so wie auf diesem Bild anlässlich einer Massenveranstaltung zum Gedenken an den 50. Jahrestag der Verabschiedung des „Schandgesetzes“.